IIIIII KANTON solothurn

Regierungsratsbeschluss

vom 17. Februar 2026

Nr. 2026/288
KR.Nr. K 0022/2026 (STK)

Kleine Anfrage Mitte-Fraktion.Die Mitte-EVP: Welche Gefahren ergeben sich durch die Halbierungsinitiative für den Kanton Solothurn?
Stellungnahme des Regierungsrates

---

1. Vorstosstext

Am 8. März 2026 steht für den Kanton Solothurn und die Schweiz eine wichtige Abstimmung an. Die Halbierungsinitiative hat möglicherweise grosse Auswirkungen auf den Kanton Solothurn und die Medienberichterstattung. Damit einhergehend ist auch der Informationsstand der Bevölkerung und die Demokratie allenfalls betroffen.

1. Mit welchen Auswirkungen ist bei einer Annahme der SRG-Initiative auf die Medienlandschaft und die Berichterstattung zu rechnen?
2. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind bei Annahme der Halbierungsinitiative zu erwarten?
3. Wie würde sich die Annahme der Halbierungsinitiative auf die Kultur und den Sport im Kanton Solothurn auswirken?
4. Welche Auswirkungen würden sich in der Berichterstattung über die Politik des Kantons Solothurn ergeben?
5. Welche Haltung nimmt der Regierungsrat zur Halbierungsinitiative ein? Und mit welchen Begründungen?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz NWRK (Kantone AG, BS, BL, SO) hat sich Anfang Februar 2026 klar gegen die sogenannte «Halbierungsinitiative» ausgesprochen. Die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» war zuvor schon durch die Konferenz der Kantonsregierungen KdK klar abgelehnt worden. NWRK und KdK empfehlen beide, die Initiative aus demokratie- und regionalpolitischen Gründen abzulehnen.

3.2 Zu den Fragen

3.3 Zu Frage 1:

Mit welchen Auswirkungen ist bei einer Annahme der SRG-Initiative auf die Medienlandschaft und die Berichterstattung zu rechnen?

Mit Annahme der Volksinitiative würden die finanziellen Mittel aus den Gebühreneinnahmen halbiert. Die SRG könnte ihren Service-public-Auftrag in den Regionen nicht mehr ausreichend erfüllen, die Regionalstandorte wären gefährdet, die Medienlandschaft würde empfindlich geschwächt.

Die regionale Berichterstattung würde massiv reduziert und damit die demokratische Meinungs- und Willensbildung geschwächt. Der regionale Service Public der SRG ist – neben den Leistungen privater Medienunternehmen - für die politische Information und Willensbildung im Kanton Solothurn von grosser Bedeutung.

Von einer Annahme wäre im Kanton Solothurn insbesondere der SRF-Standort in der Stadt Solothurn betroffen, der zum Regionalstudio Aarau gehört (Radio SRF Regionaljournal Aargau-Solthurn und TV SRF Inlandkorrespondentinnen/-korrespondenten Aargau-Solothurn). In Aarau und Solothurn sind gemäss SRG-Angaben insgesamt 4 Techniker in unterschiedlichen Pensen sowie 15 Redaktorinnen und Redaktoren in unterschiedlichen Pensen und Fuktionen angestellt. Sie arbeiten multimedial, d.h. kanalübergreifend (TV-Redaktoren arbeiten auch für Online, Online-Redaktorinnen auch fürs Radio, Radio-Redaktoren auch fürs Fernsehen). Insgesamt verfügt die SRF-Regionalredaktion AG/SO aktuell über 13 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente/FTE).

Das Regionaljournal Aargau-Solothurn von Radio SRF produziert von Montag bis Freitag jeweils fünf Sendungen pro Tag, und am Sonntag eine Sendung. Insgesamt ergibt das bis zu 50 Minuten Regionalinformationen pro Wochentag und 10 Minuten am Sonntag, also rund 260 Minuten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Gesellschaft pro Woche (Quelle: SRG). Die SRF-Regionalredaktion AG/SO beliefert zudem nationale Sendungen im Radio (Heute Morgen, Rendezvous, Echo der Zeit) und TV (Schweiz Aktuell, Tagesschau) sowie die SRF News App.

3.4 Auswirkungen der Annahme

3.4.1 Zu Frage 2:

Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind bei Annahme der Halbierungsinitiative zu erwarten?

Die SRG ist eine bedeutende Arbeitgeberin und Auftraggeberin, auch in der Nordwestschweiz (AG, BS, BL, SO). Gemäss einer Studie von BAK Economics AG im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM) entstehen mit jedem Franken, den die SRG durch ihre Produktionstätigkeit erwirtschaftet, weitere 93 Rappen Wertschöpfung in anderen Unternehmen.

Die Wertschöpfung je Arbeitsplatz der SRG liegt bei rund 155'500 Franken je Vollzeitstelle (BAK Economics, Studie 2024). Für das Regionalstudio Aarau (inkl. Standort Solothurn) werden 13 Vollzeitstellen ausgewiesen. Dies entspricht einer Wertschöpfung von 2,1 Millionen Franken (Quelle: SRG, BAK Economics). Darin sind Aufträge an Dritte für Waren und Dienstleistungen noch nicht enthalten.

Bei einer Annahme der Volksinitiative würde die erwähnte Wertschöpfung auf dem Spiel stehen.

3.4.2 Zu Frage 3:

Wie würde sich die Annahme der Halbierungsinitiative auf die Kultur und den Sport im Kanton Solothurn auswirken?

Ob Solothurner Film-, Literatur-, Barock- oder Musiktage – Radio und TV SRF begleiten seit Jahren regelmässig kulturelle Highlights im Kanton. Sie berichten über Ausstellungen, Festivals, Volksfeste sowie kulturelle Preisverleihungen. Die SRG ist Produktionspartnerin von jährlich über 100 nationalen Sportevents und Meisterschaften, u.a. der Schweizer Volley- und Handball-Ligen (Quelle: SRG).

SRF-Medienschaffende interviewen Sportlerinnen und Sportler (auch aus dem Nachwuchsbereich), interessieren sich für Sportvereine/Sportklubs, Sportförderung sowie den Breiten- und Spitzensport im Kanton Solothurn.

Mit Annahme der sogenannten «Halbierungsinitiative» müsste bei der Berichterstattung über die Kultur und den Sport im Kanton mit einer massiven Reduktion gerechnet werden.

3.4.3 Zu Frage 4:

Welche Auswirkungen würden sich in der Berichterstattung über die Politik des Kantons Solothurn ergeben?

Das Regionaljournal Aargau-Solothurn von Radio SRF berichtet seit Jahren regelmässig und ausführlich über die politischen Geschehnisse im ganzen Kanton, insbesondere bei Abstimmungen und Wahlen. SRF-Medienschaffende setzen sich mit Entscheiden des Regierungsrats und der kantonalen Verwaltung auseinander, verfolgen die Sessionen des Kantonsrats immer vor Ort, sie besuchen die Sitzungen der städtischen Parlamente, beobachten u.a. wichtige Gemeindeversammlungen, sind an Parteiversammlungen anwesend. Ausserdem nehmen sie – zusammen mit den SRF-TV-Korrespondentinnen/-korrespondenten – an Medienkonferenzen oder Medienanlässen teil: von Kanton, Städten/Gemeinden, Verbänden/Organisationen und der Wirtschaft.

Mit Annahme der Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» müsste bei der Berichterstattung über die Politik im Kanton Solothurn mit einer massiven Reduktion gerechnet werden.

3.4.4 Zu Frage 5:

Welche Haltung nimmt der Regierungsrat zur Halbierungsinitiative ein? Und mit welchen Begründungen?

Der Solothurner Regierungsrat spricht sich klar gegen die sogenannte «Halbierungsinitiative» aus. Gemäss Konzession fördert die SRG mit ihrem publizistischen Angebot das Verständnis, den Zusammenhalt und den Austausch unter den Landesteilen, Sprachgemeinschaften, Kulturen, Religionen und gesellschaftlichen Gruppierungen und berücksichtigt dabei die Bedürfnisse der Kantone. Dieser staatliche Auftrag zur medialen Grundversorgung mit regionaler Verankerung und gesellschaftsverbindendem Charakter wird durch die Initiative grundlegend infrage gestellt.

Für den Regierungsrat ist unbestritten, dass ein starker medialer Service Public eine Schlüsselrolle für die demokratische Meinungsbildung spielt. Nur wenn die Bevölkerung verlässlich auch über das regionale Geschehen informiert wird, kann eine fundierte Meinungsbildung stattfinden. Die regionale und lokalpolitische Berichterstattung der konzessionierten Radio- und Fernsehstationen im Allgemeinen und der SRG im Besonderen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Der Bundesrat hat 2024 bereits eine schrittweise Kürzung der Haushaltsabgabe auf 300 Franken bis 2029 beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass eine weitere Reduktion der finanziellen Mittel zulasten einer qualitativ überzeugenden und vielfältigen Lokal- und Regionalberichterstattung ginge. Mit der aus der Initiative resultierenden Halbierung der finanziellen Mittel für die SRG würde der regionale mediale Service Public aus Sicht des Solothurner Regierungsrats nicht mehr sichergestellt werden können.

Yves Derendinger
Staatsschreiber

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei Kommunikation
Parlamentsdienste (elektronische Publikation an KR)